

EU-Personenfreizügigkeit: Referendum eingereicht - das Volk entscheidet!

Ein “unheimliches“ Referendum?

In der Schweiz gibt es – im Vergleich zu vielen andern Ländern – kaum politische Gewalt. Hiermit meine ich Auseinandersetzungen um politische Ideen und Ueberzeugungen, wo letztlich Blut fliesst und es gar noch Verletzte und Tote gibt. Gewiss, ganz “gewaltlos“ verläuft diese Angelegenheit in der Schweiz auch wieder nicht. Da werden subtilere Tricks angewandt. Ein Beispiel: Am 2. Oktober wurde bei der Bundeskanzlei in Bern das **Referendum “EU-Personenfreizügigkeit vors Volk!”** mit 51100 Unterschriften eingereicht. Dieses Vorgehen ist übrigens ein verfassungsmässig garantiertes Recht. Aber was sagte der Bundesratsprecher Oswald Sigg hierzu noch am gleichen Tag: “Der Bundesrat hoffte wohl, noch heute zu erfahren, dass das Referendum **nicht** zustande gekommen ist. Jetzt muss er noch ein paar Tage bangen!“. Der Tagesschausprecher erklärte ebenfalls am gleichen Abend sinngemäss: “Der Bundesrat lasse nun während den kommenden Tagen – auch übers Wochenende – nachprüfen, wie viele Unterschriften denn wirklich gültig seien“. Ich stelle hier die einfache Frage: 51100 beglaubigte Unterschriften (kontrollierte und bestätigte Signaturen durch die jeweilige Einwohnerkontrollstelle der Gemeinden!) wurden fristgerecht eingereicht. Wie sollen da noch Unterschriften ungültig sein? Leben wir denn doch in einem diktatorisch geführten Staat, in welchem Abstimmungs- und Wahlergebnisse gemäss den Wünschen einiger Mächtiger ausfallen müssen?

Es gibt übrigens einzelne Gemeinden, welche die zur Beglaubigung erhaltenen Referendumsbogen zu spät an das jeweilige Referendumskomitee zurückgesandt haben. Diese Unterschriften können dann nicht mehr eingereicht werden. Auf wessen Kappe geht dann dies?

Gewisse Parteien wie die FDP oder die CVP haben zur erwähnten Vorlage schon vor Wochen – vor Einreichung des Referendums! – im Eiltempo ihre Parolen beschlossen. Ich bin davon überzeugt, dass die Grundlage einer Demokratie die Diskussion ist und wer eine solche scheut, müsste in den Staatskundeunterricht geschickt werden!

Bei diesem Referendum geht es u.a. um die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den EU-Staaten und deren Ausdehnung – nun neu – auf Rumänien und Bulgarien. Will dies der Stimmbürger überhaupt? **Eine Volksabstimmung soll hierauf Antwort geben!**

Markus Borner, Präsident SD-BS

Basel, 2.10.08